

# Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Februar 2011

61. Jahrgang, Nr. 700

## 700 Mal Freiheitsglocke, 700 Mal Einsatz für Freiheit und Demokratie

*Grußwort des Bundesvorsitzenden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus zur Jubiläumsausgabe*

*Liebe Kameradinnen und Kameraden, sehr geehrte Leserinnen und Leser der Freiheitsglocke!*

Die vor Ihnen liegende 700. Ausgabe der Freiheitsglocke wird selbstverständlich in den alten wie auch den neuen Bundesländern gelesen.

land wiedervereinigt. Wir alle, die wir die Unfreiheit erliden mussten, hofften, dass das kommunistische System endgültig auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet ist und dort auch bleibt. Die damals offen bekannt gewordenen Verbrechen dieses Regimes müssten eigentlich

Versäumnisse, die bei der Wiedervereinigung gemacht worden sind, wird heute gern und oft hämisch berichtet. Viele Presseorgane und ihre Kolumnisten, die bis zur friedlichen Revolution 1989 die Überlegenheit des Sozialismus bei jeder Gelegenheit verkündeten, sind heute die größten Kritiker der Wiedervereinigung und ihrer Folgen. Auch wenn viele Fehler bei der Wiedervereinigung unter Zeitdruck begangen worden sind, gibt es für uns, die wir aus politischen Gründen verfolgt worden sind, keine Alternative zur Demokratie. Die Einheit in Freiheit unseres Vaterlandes ist für uns das höchste Gut. Das zu verteidigen ist unser Anliegen. Nur wer wie wir die Unfreiheit erleben musste, kann den Wert der Freiheit richtig einschätzen und würdigen.

Auf Seite 2 der Sonderausgabe von 1990 steht groß „**Gescheitert**“. Waren wir alle so naiv, daran zu glauben, oder war es mehr ein Wunsch von uns?

Gerhard Löwenthal, war einer der wenigen Mahner, damals sagte er: „**Selbst hochgestellte Politiker behaupten bis heute, der Kommunismus sei tot. Nur hat mir noch keiner die Leiche gezeigt. Deshalb bin ich der Meinung, man muss der Auferstehung dieser Leiche Aufmerksamkeit widmen, besonders natürlich dem Grundprinzip, das dahinter steckt**“.

Dieses Grundprinzip, die Ursachen für diese Perversion einer Diktatur wurde nicht angetastet. → Seite 4



Vor mir liegt die Sonderausgabe der Freiheitsglocke vom März 1990. Damals hieß es noch „Die hier vorliegende Sonderausgabe haben wir für die in der DDR lebenden Schicksalsgefährten zusammengestellt“.

Einige Monate später war die Allmacht der SED, der Stasi und ihres Spitzelsystems beendet und Deutsch-

ausreichen, um jeden nur halbwegs vernünftigen Menschen davon abzuhalten, wieder auf die Versprechungen der ewig gestrigen, utopiegläubigen Kommunisten hereinzu-  
fallen.

Aber wie lange ist endgültig?

Wie wir es jetzt erleben mussten, viel zu kurz. Über die Fehler und

Nun ist es also geschafft, die Freiheitsglocke hat wieder einen Hunderter- Abschnitt vollendet. Aus meiner Sicht ist die Zeit, seit wir die 600. Ausgabe aufgelegt haben, sehr schnell vergangen. Da ich kein Nostalgiker bin, versage ich mir das stundenlange Blättern und Lesen in der damaligen Fg wie auch in den alten Bänden überhaupt. Ich möchte somit keinen chronologischen Rückblick auf einzelne Beiträge und Ereignisse geben, aber einige Erinnerungen und Betrachtungen zur Situation des Verbandes und dessen Monatszeitung, die sich an alle Kameraden richten, sind sicherlich angebracht.

Zunächst soll jedoch daran erinnert sein, dass bei Erscheinen der 600. Ausgabe zu uns noch Kameraden gehörten, die sich um das Wohl der VOS und den Bestand der Freiheitsglocke unter Wahrung ihres traditionellen Auftrags und ihrer authentischen Form sehr bemüht haben. Einer von ihnen war Dietmar Mokros, der wenige Jahre später, für uns alle unfassbar früh, verstorben ist. Auch die Kameraden Ebert, Spielvogel und Uwe Trautmann – um nur einige weitere Kameraden zu nennen – waren zu jener Zeit aktive Mitglieder. Kamerad Trautmann ist vor einem Jahr – ebenfalls viel zu jung – verstorben. Kamerad Ebert war noch als Delegierter zur Generalversammlung nach Berlin gekommen. Die hier Genannten wie auch jene, die ich hier nicht nennen kann, haben geholfen, die Freiheitsglocke auf Kurs und am Leben zu halten.

Auch ich habe dazu mein Bestes getan. Vor allem war es mir neben der aktuellen Berichterstattung besonders wichtig, den Kameradinnen und Kameraden, die abgelegen im Land wohnen und sich nicht an Bezirksgruppen anschließen konnten, über das Verbandsleben zu informieren und jenen, die aus Alters- und Krankheitsgründen nicht zu den Versammlungen fahren können, ein Stück Heimat zu geben. Immer wieder habe ich auch mit Kameraden persönlichen Kontakt gepflegt und mir von manchem die Sorgen und Leiden schildern lassen. Für alle war es hilfreich, sich aussprechen zu können, egal dass sich solche Kontakte allein wegen ihrer Vielzahl nicht ins Unendliche

erstrecken lassen. Gerade in der Redaktionszeit der letzten einhundert Ausgaben ist für mich deutlich geworden, welche Bedeutung unser Verbandsorgan hat, aber auch welche Verantwortung mir damit übertragen ist. Ich versuche dieser Verantwortung weiterhin gerecht zu werden, setzen doch viele Mitglieder die VOS als Verband mit der Freiheitsglocke gleich, und ist es doch zum anderen abzusehen, dass die VOS in der zahlenmäßigen Stärke, wie sie jetzt existiert, auf Dauer nicht bestehen wird. Das Durchschnittsalter der Mitglieder ist hoch, sehr hoch. Und ich kann nirgends eine Lösung erkennen, die dem biologischen Ende unseres Verbandes entgegen wirkt.

## **Auf ein Wort = zur Jubiläums- Ausgabe**

Dennoch bin ich zuversichtlich, dass wir in etwa achteinhalb Jahren wieder eine Jubiläumsausgabe veröffentlichen können, die die Zahl 800 auf der Titelseite führt. Kann ich doch an dieser Stelle nur wiederholen, dass die Freiheitsglocke neben dem „Spiegel“, der allerdings wöchentlich erscheint, zu den ältesten Presseerzeugnissen im Land zählt.

Ein Viertel der Ausgaben tragen inzwischen meine Handschrift, und ich muss zugeben, dass es Phasen gegeben hat, da ich stark am Weiterbestehen der Zeitung wie auch des Verbandes gezweifelt habe. Nicht selten haben Kameraden gemeint, sie könnten in der Fg ihren Unmut über andere Verbandsmitglieder abladen. Alte Vorstandsmitglieder versuchten gegenüber neuen durch Textbeiträge in der Fg nachzutreten. Da ich dies prinzipiell zurückgewiesen habe, waren Auseinandersetzungen unvermeidbar. Immer wieder gab es auch Kämpfe um die äußere Gestaltung der Fg, die ja bekanntlich bis zu den Vereinigungsabsichten mit dem Stacheldraht der UOKG reichten. Neue Logos wurden entworfen, neue Namen (auch für die VOS) und zuletzt gab es die Idee, die Freiheitsglocke im Format Din

A 5 zu drucken. Eine Variante, die ich persönlich nicht mittrage.

Fest steht: So sehr ich Mitgestaltung und Mitdenken begrüße, haben für mich – nicht nur für mich – der Willen und der Geschmack der Leserinnen und Leser Vorrang. Wer an der Freiheitsglocke etwas (positiv) verändern will, für den ist es unerlässlich, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen, denn daran wird er die Geschichte der VOS und vieler einzelner Kameradinnen und Kameraden erfahren. Sie zusammen machen den Geist unserer Monatszeitung aus.

Für einen der wichtigen Meilensteine der letzten einhundert Ausgaben halte ich die Durchsetzung der Ehrenpension. Wir haben mit und in der Fg immer wieder für ein entsprechendes Gesetz gekämpft und die Situation der SED-Opfer verdeutlicht, uns schien es ausweglos, und doch konnten wir uns in kleinen Schritten voran bewegen und uns gegenseitig Mut machen. Viele einzelne VOS-ler haben an Politiker Briefe geschrieben oder gegenüber anderen Zeitungen ihre Meinung zum Thema einer Opferrente geäußert. Damit war regelmäßig etwas in der Freiheitsglocke darüber nachzulesen.

Zugleich habe ich die Zeitung j mit interessanten und aktuellen Beiträgen bestückt, um sie nicht einseitig erscheinen zu lassen. Dies ist insgesamt ein Erfolg, an dem viele mitgewirkt haben, aber der ohne eine funktionierende Redaktionsarbeit undenkbar gewesen wäre.

Mit Zustimmung habe ich den Beitrag unseres Bundesvorsitzenden zu dieser Jubiläumsausgabe entgegengenommen. Sein Resümee und seine Situationseinschätzung tragen wesentlich dazu bei, den weiteren Weg der Freiheitsglocke zu gehen. Das heißt, der Kampf für Freiheit und Demokratie werden in der Fg auch künftig ihren Platz haben. Ebenso wollen wir für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ehrenpension eintreten. Und nicht zuletzt soll ein Teil unserer Kapazität für die Schilderung von Hafterlebnissen und Erinnerungen zur Verfügung stehen. Allen, die mir ihre persönlichen Wünsche zur 700. Ausgabe übermittelt haben, herzlichen Dank.

*Ihr bzw. euer Alexander Richter*

## In dieser Ausgabe:

# 700. Ausgabe Die Freiheitsglocke begeht ein bemerkenswertes Jubiläum

Berichte, Glückwünsche,  
Ausblicke  
In dieser Fg

### Titelseite

#### Im Zeichen von Freiheit und Demokratie

Der Bundesvorsitzende würdigt die Bedeutung  
unseres Verbandsorgans (weiter auf S. 4)

#### Redaktionsthema:

Die Freiheitsglocke in den Jahrzehnten 2

#### Harmonie, Erinnerung und auch das Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie

VOS Berlin-Brandenburg lädt in niveauvoller  
Atmosphäre zum Neujahrsempfang 5

#### Blumen für den neuen Bundesbeauftragten im Bundestag

VOS-Delegation beglückwünscht Roland Jahn  
zu überwältigendem Wahlergebnis 6

#### Täter sollen für Opfer zahlen

Tschechien plant ein interessantes Modell  
für die Entschädigung politischer Häftlinge 6

#### Als lange Haare und westliche Musik für die Einweisung in ein sozialistisches Erziehungslager reichten

Rückblick auf die 1960er-Jahre, in denen man  
insbesondere kein Jugendlicher sein durfte 8 - 9

#### Bitten, Betteln und Klinken putzen für die Zeitzeugenveranstaltungen

Detlef von Dechend berichtet im zweiten  
Teil des Interviews von vielen Schwierig-  
keiten bei der Organisation 10 - 12

#### An den Widerstand der Werdauer Oberschüler erinnert

Kamerad Gerhard Schneider vermittelt  
seine Erinnerungen sehr erfolgreich an  
Werdauer Schulklasse 13

#### Bittere Erlebnisse im Gulag

Ein interessantes Erinnerungsbuch 13

#### Angekettet in den Westen abgeschoben

Ein Porträt des BStU-Beauftragten 14

#### Ablösung in der Geschäftsstelle

Hartmut Richter geht, Frieder Weiße kommt 15

#### Interesse besteht in großem Maße auch an Universitäten

Zeitzeugenveranstaltung an der Uni Ol-  
denburg regt zur Erweiterung an 16

- Glückwünsche 1,4, 6, 7
- VOS-Info 7
- Nachrufe, Verstorbene 7, 15
- Leserbriefe 7
- Suchanzeige 7
- Impressum 16

### Das Gedenken

von Heinz Unruh

Unsere Reihen werden lichter,  
schon verblassen die Gesichter  
die Kameraden, die früh von uns gingen

wir sollten sie nicht vergessen,  
die gestern noch bei uns gesessen,  
das Lachen, jene Worte verklingen,  
von denen, die schon von uns gingen ...

### Zitate zur Freiheitsglocke und zur Freiheit

Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht  
hören wollen. George Orwell

Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde  
mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.

Voltaire

Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen,  
damit gewisse Leute nicht die Freiheit haben, alles zu  
tun. Alain Peyrefitte

Sozialismus und Freiheit schließen einander definiti-  
onsgemäß aus. Friedrich August von Hayek

Eine Zeitung wird nicht wegen, sondern trotz einer  
Ministerrede gekauft. Axel Springer

Es gilt, ein Bekenntnis zu Berlin zu erzeugen: Hier  
hängt die Freiheitsglocke der Welt. Axel Springer

### Weiterhin beachtliche Anzahl von Spendern

Gottfried Bretschneider, Kurt Pitlinski, Manfred Junker,  
Jürgen Fuhrmann, Sabine Trompler, Günter Lehmann,  
Joachim Hänel, Reinhold Irimi, Anneliese Tschiersch,  
Eberhard Pohl, Anne Klar, Werner Kosel, Heinz Bau-  
mann, Peter Schneeweiß, Wilmar Leistner, Gerhard  
Bock, Stefan Obst, Gerhard Bartels, August Stolpe,  
Helmut Schlönvoigt, Karla und Dieter Bachmann,  
Christian G. Ebert, Lieselotte und Helmut Felbrich,  
Horst Hollandt, Ehrenfried Feistkorn, Johannes Wagner,  
Margarete und Albin Lichy, Hilde und Erhard Auraß,  
Fritz Schaarschmidt, Helmut Günther, Peter Leuteritz,  
Alfred Ullmann, Gisela Härtel, Erna Matzke, Rudi Rich-  
ter, Herbert Hüttig, Brigitte Voelkel, Friedrich Radoch-  
la, Rudolf Keick, Hella und Harald Binder, Horst Ra-  
digk, Günter Prescher, Hans Stein, Christa und Bernd  
Pieper, Bettina und Thomas Hainich, Rainer Buchwald,  
Joachim Frenzel, Waltraud und Fritz Hofmann, Günter  
Hoffmann, Friedrich Richter, Christoph Glaßer, Erik  
Hofmann, Günther Blanck, Roland Tröge, Anneliese  
Schulz, Wolf-Peter Rubner, Wilfried Seifert, Hartmut  
Bönicke, Heinz Holschke, Liesel Albina Mayer, Wolf-  
gang Altmann.

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön.

### Glückwünsche auch vom Bundesge- schäftsführer

Die 700. Ausgabe ist auch für mich ein Anlass, mich  
gemeinsam mit allen Kameradinnen und Kameraden der  
VOS über dieses Jubiläum zu freuen. Durch unser Ver-  
bandsorgan wird das Zusammenwirken der bundesweit  
verteilten Mitglieder erheblich erleichtert und belebt.  
Immer wieder teilen mir Mitglieder ihre Zustimmung  
mit. Hugo Diederich

# 700 Mal Freiheitsglocke, 700 Mal Einsatz für Freiheit und Demokratie

## *Fortsetzung des Grußwortes des Bundesvorsitzenden des VOS zur Jubiläumsausgabe der Freiheitsglocke von Seite 1 dieser Ausgabe*

Wie wir heute wissen, war seine Mahnung mehr als berechtigt. Wenn ich über Fehler, die die Politik nach der Wiedervereinigung 1990 gemacht hat, schreibe, dann meine ich damit hauptsächlich die Fehler, die bei der juristischen Aufarbeitung der Verbrechen der SED-Diktatur begangen worden sind. Es reicht nicht aus, einzelne Funktionsträger, die sich schuldig gemacht haben, zu beschämend geringen Haftstrafen zu verurteilen, ohne das kommunistische System als Urheber dieser Verbrechen mit anzuklagen. 1945 wurden die NSDAP und ihre Organisationen verboten, um zu verhindern, dass sich Verbrechen unter dem Schutz einer Parteiideologie wiederholen können. Warum war es nach 1990 nicht möglich, die SED und ihre Organisationen zu verbieten?

Wir können darüber nur spekulieren. Fakt ist, die verlogene Propaganda der SED war bei vielen, vor allem linken Intellektuellen, auf fruchtbaren Boden gefallen. Die guten Kontakte der SED zu einzelnen Parteien und Politikern haben sehr wohl die von uns erhobene Forderung zu einem Verbot der SED und Einziehung ihres unrechtmäßig erworbenen Vermögens, verhindert. Berthold Brecht, nicht gerade mein Lieblingsdichter, sagte einmal: **"Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch."** Er meinte damit die mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Der Spruch hat auch heute seine Gültigkeit, nur dass diesmal der real existierende Sozialismus gemeint ist. Wir müssen immer wieder auf die Gefahren hinweisen, die von der laufend ihren Namen ändernden SED und ihrer verlogenen Ideologie, ausgehen.

## **Glückwunsch für die Freiheitsglocke** *Besonders wichtiger Beitrag in September 2010*

Liebe Kameraden der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge VOS,

euch und unserer Organisation wünsche ich für das Jahr 2011 Gesundheit und viel Erfolg in unserer gemeinsamen Arbeit. Seit dem Jahr 1981 bin ich begeisterter Leser der Freiheitsglocke, die Artikel sind sehr interessant und haben mir in meinem Leben viele Anregungen gegeben und es dadurch bereichert. Speziell der Artikel über die Rehabilitierung und rentenrechtliche Gleichstellung war informativ und aufschlussreich. Dieser Artikel erschien in der Freiheitsglocke vom September 2010.

In der hier geschilderten Angelegenheit habe ich mich direkt an den Verfasser, Herrn Rechtsanwalt Unnau gewandt. Durch ihn wurden sofort die erforderlichen Schritte eingeleitet. Da ich persönlich in seinem Büro war, konnte ich mich von der fachlichen Kompetenz überzeugen. Und bin dankbar für seine professionelle Beratung und Unterstützung.

Es würde mich freuen, wenn weitere Artikel in dieser Art in der Freiheitsglocke zu lesen wären.

*H. J. Schmollack, Paderborn*

Die Gefahr, die von der SED-Nachfolgepartei Die Linke ausgeht, haben unsere Kameradeninnen und Kameraden in Berlin körperlich zu spüren bekommen. Freie Meinungsäußerung, im Grundgesetz garantiert, wird zum Anlass genommen, Andersdenkende zusammenzuschlagen. Da war die Überlegenheit der Linken deutlich zu spüren. Helfer und Sympathisanten der Linken machen die Drecksarbeit. Zu SED-Zeiten waren es die Stasi-Leute und ihre Helfer. Soll sich die Geschichte wiederholen?

Früher war es die SA, die für die Nationalsozialisten die Drecksarbeit machte, heute machen die Schläger unter dem Deckmantel der Antifa die Drecksarbeit. Wer nach diesem brutalen Angriff auf Demonstranten immer noch nicht begriffen hat, wie groß die Gefahr für die Demokratie ist, darf sich nicht wundern, wenn es nach der Machtübernahme durch Die Linke keine Demokratie mehr geben wird. Trotz der vielen Sonntagsgesprächen der Linken ist diese Partei nicht demokratisch.

Zwei Sozialismus-Versuche im 20. Jahrhundert mit Millionen Toten, sind zwei Versuche zu viel.

Wir appellieren an alle Politiker der demokratischen Parteien auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Denken sie immer daran, schon einmal haben Links- und Rechtsextremisten gemeinsam die Weimarer Republik bekämpft und damit den Weg zu einer Diktatur geebnet. Die Folgen der Diktatur für Deutschland und die Welt waren furchtbar. Wir sind bereit, mit allen demokratischen Kräften in unserem Land die Freiheit und die Demokratie zu verteidigen. Unterstützen sie uns im Kampf gegen jede Form des Extremismus.

Wir wünschen unserer Freiheitsglocke und ihrem Redakteur noch viele gute und interessante Ausgaben und interessierte Leser.

*Johannes Rink*

## **Glocke der Freiheit gegen Ostalgie und Verniedlichung**

Der Freiheitsglocke zum 700. Erscheinen herzlichen Glückwunsch. Die Glocke der Freiheit wird hoffentlich noch lange klingen gegen Ostalgie und Verniedlichung der Diktatur in der DDR.

*Hinrich Olsen,*

*Das Internetportal gegen Vergessen  
und Verdrängen: [mauerfall-berlin.de](http://mauerfall-berlin.de),  
[ddr-aufarbeitung.de](http://ddr-aufarbeitung.de), [ddr-erinnerung.de](http://ddr-erinnerung.de)*

Das Internetportal der v. g. Seite enthält auch einen Link auf die Seiten der VOS.

Hinrich Olsen als Betreiber dieser Seite ist geborener „Wessi“, dennoch hat er sich früh gegen das DDR-Regime widersetzt, indem er 1985 mit vier weiteren „Wessis“ auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz für die Friedensbewegung der DDR öffentlich Partei ergriff. Die Internetseite ist mittlerweile zu einer wichtigen Informationsplattform zum Thema Mauerfall/DDR geworden. Über 430 Bücher wurden hier vorgestellt, zahllose Artikel sind nachlesbar, und seit ihrem Start im April 2008 kann die Seite 185.000 Besucher mit insgesamt 670.000 Klicks nachweisen.

# Ein guter Start – nicht nur für das neue Jahr

*Neujahrsempfang in Berlin mit vielen Kameradinnen und Kameraden sowie Fürsprechern der VOS*

Am 19. Januar fand der Neujahrsempfang der VOS Berlin statt. Rund 65 Mitglieder und Gäste aus Politik und Medien waren der Einladung in die Landesgeschäftsstelle gefolgt, darunter auch die DDR- Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld.

Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wieland (B90 /Grüne) sicherte der VOS seine weitere Unterstützung zu. In Anspielung auf den Angriff Linksextremer auf VOS-Mitglieder am 8. Januar vor der URANIA in Berlin und die Stasi-Fälle im Umfeld der Partei Die Linke betonte Wieland, dass deren Chefin Lötzsch die „heilige Johanna der Alt-Tschekisten“ sei.

Gefühle zu schützen, stünde weiterhin aus. Jorge Vazquez von der exilkubanischen Opposition überreichte dem VOS-Landesvorsitzenden Dr. Frieder Weißer als Symbol der Verbundenheit ein Bild mit einer kubanischen Fahne, auf der die Namen politischer Häftlinge geschrieben stehen. Gemeinsam wolle man auch künftig an einem Strang ziehen, hieß es.

Die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf, Dr. Marianne Suhr, stellte ein Buch mit biografischen Erinnerungen an das geteilte Deutschland vor, dass sie demnächst veröffentlichen werde. Wir hoffen, dazu im Laufe dieses Jahres



Dr. Hubertus Knabe, Leiter der Stasi-Opfer- Gedenkstätte Hohenschönhausen, bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit dem VOS-Vorstand. In seiner Ansprache wies er auch darauf hin, dass 20 Jahre nach der Einheit für die Opfer der SED-Diktatur noch immer keine angemessene Entschädigung erfolgt sei. Auch eine Regelung zum Verbot kommunistischer Symbole, um die Opfer vor Verhöhnung und Verletzung ihrer

eine Lesung anbieten zu können. „Die VOS Berlin ist wieder wer, über den positiv gesprochen wird“, resümierte Dr. Frieder Weißer. Mit Sekt stießen die Anwesenden auf das neue Jahr an und nutzten die Möglichkeit zum Meinungs austausch bei einem reichhaltigen Büffet, das mit Hilfe vieler fleißiger Hände entstand. Inzwischen wurde mehrfach der Wunsch geäußert, solche geselligen Zusammenkünfte öfter zu veranstalten.





# Erstmals leitet ein früherer politischer Häftling die Stasi-Akten-Behörde

VOS gratuliert Roland Jahn zur Wahl / Nur die Linksfraktion verweigert sich geschlossen

Als historisch hat die VOS die Wahl von Roland Jahn zum Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen bezeichnet. Erstmals sei die Stasi-Hinterlassenschaft in die Hände eines früheren politischen Häftlings gelegt worden, betonte der mitgliederstärkste SED-Opferverband. Mehrere VOS-Mitglieder verfolgten am 28. Januar in Berlin die Wahl auf der Ehrentribüne des Deutschen Bundestages. Im Anschluss gratulierten sie Roland Jahn und überreichten ihm einen Blumenstrauß (Foto: Bildmitte).

Der 57-Jährige kann sich in seiner künftigen Tätigkeit auf eine absolute parlamentarische Mehrheit stützen. 535 der 579 anwesenden Bundestagsabgeordneten hatten für ihn gestimmt, 21 votierten mit Nein, 21 enthielten sich. Roland Jahn tritt

die Nachfolge von Marianne Birthler an, die nach zehnjähriger Amtszeit nicht erneut kandidieren konnte. Alle Bundestagsfraktionen zollten Marianne Birthler Respekt mit stehenden Ovationen, nur die Linksfraktion verweigerte sich geschlossen.

Der VOS-Bundesvorstand zeigte sich zufrieden über die Nachfolgeregelung. Er hatte seit Herbst vergangenen Jahres im politischen Raum massiv dafür geworben, Roland Jahn als Kandidaten für das Amt des Bundesbeauftragten zu nominieren, was dann auch geschah.

Der VOS-Bundesvorsitzende Johannes Rink wies darauf hin, dass die Aufarbeitung der Stasi-Hinterlassenschaft nur gemeinsam mit den Opfern gelingen könne. Roland

Jahn verfüge aus Sicht des SED-Opferverbandes über alle Voraussetzungen, die Aufgaben gemäß § 37 Stasi-Unterlagengesetz professionell zu erfüllen. Auch in seiner journalistischen Tätigkeit beim Sender Freies Berlin und dem Rundfunk Berlin Brandenburg habe er bewiesen, dass er komplizierte Sachverhalte mit Bezug zur DDR sachlich und in leitender Position aufarbeiten könne. Zudem habe Roland Jahn aufgrund seiner Verfolgungsgeschichte einen besonderen emotionalen Zugang zur Opferzene. Mit mutigen Aktionen sei er den DDR-Obernen entgegengetreten und habe sich auch später bleibende Verdienste am Untergang der SED-Diktatur erworben.

Ronald Lässig  
(Weiterer Beitrag Seite 14)

## Buße tun und auf Einkommen verzichten

Tschechien will hohe Ex-Stasi-Leute zur Kasse bitten

Neuesten Medienberichten zufolge soll künftig in Tschechien eine in einen Sonderfonds zahlen, von dem dann die Opfer des Systems



Form der Entschädigung für Opfer der sozialistischen Diktatur eingeführt werden, wie diese in Deutschland vermutlich undenkbar wäre. Die Rede ist dabei von einer Art Abgabe für einstige Angehörige der kommunistischen Geheimpolizei und für hochrangige Funktionäre der Kommunistischen Partei der damaligen Tschechoslowakei. Diese sollen einen Teil ihrer Einkünfte

und die Widerständler monatliche Zuwendungen in Geldform erhalten. Wie es heißt, folge man mit einem solchen Modell der Praxis, die in Polen gelte, wo eine solche Steuer bereits erhoben werde. Damit soll neben der finanziellen Wiedergutmachung auch zum Ausdruck kommen, dass die Verantwortlichen für viele von ihnen veranlasste hohe Haftstrafen oder so-

gar Todesurteile, ganz bestimmt auch für die Anordnung von Verfolgungs- und Zersetzungmaßnahmen Buße tun. Geklärt werden müsste jedoch, inwieweit auch ausländische Opfer betroffen sind. Oft genug wurden DDR-Bürger in der CSSR beschattet oder bei Fluchtversuchen an der Grenze ergriffen und inhaftiert. Man stelle sich vor ein solches Gesetz würde für Deutschland auch nur in Erwägung gezogen werden. Das Geschrei der Linken wäre ungläublich. H.D.

## Hoffen auch weiterhin auf Kooperation und solide Information

Potsdamer Aufarbeitungsverband begrüßt VOS und Fg

Zur nunmehr anstehenden Jubiläumsausgabe der Freiheitsglocke übermittelt das Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e. V. dem Redakteur und dem Bundesvorstand der VOS sowie allen Mitgliedern des Verbandes Glückwünsche. Die Freiheitsglocke als eines der ältesten Presseezeugnisse im Nachkriegsdeutschland ist ein wertvolles Informationszeugnis sowohl für Betroffene des SED-Unrechts wie auch für Leser, die die Repressalien des SED-Staates nicht am eigenen Leibe erfahren haben. M. Kruczek

## Wer kann, will helfen? Zeitzeugen für eine Doktorarbeit gesucht

Für eine Doktorarbeit in Geschichte suche ich Zeitzeugen, deren Republikflucht über die Transitstrecken (Autobahn, Transitzüge) oder über den organisierten Tourismus in westliche Staaten oder über Fluchthelfer gescheitert ist. Thüringen steht dabei im Mittelpunkt der Betrachtung.

Solche Fallbeispiele veranschaulichen am besten die Repressions- und Überwachungspraxis des MfS.

*Torsten Schopf*

Kontakt unter : 0174-7369521 oder schopf.rauhe@gmx.de oder

## Zur 700. Fg-Ausgabe

### *Kulturhistorische Dimension*

Die Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge VOS übersetzt und kommentiert die zweite deutsche Diktatur bis zur Gegenwart der einstigen SED. Die Freiheitsglocke bringt dabei eine ganz außergewöhnliche kulturhistorische Dimension ans Licht der Öffentlichkeit. Glückwunsch zur 700. Ausgabe. *Andres Kaiser*

## Kein moralischer Anspruch geben

### *Die Linke auf Abwegen*

Leserbrief zum Beitrag „Wir kriegen euch alle“ in Fg 699

☒ Offensichtlich zeichnet sich eine neue Verhöhnung politischer Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft ab. Den heutigen Linken geht es in ihrem Kampf, wie schon immer gegen historische Realitäten, Andersdenkende und besonders sogar gegen die von ihnen fabrizierten Opfer. Könnte man kommunistisches Gedankengut als Charakter beschreiben, so müsste ich feststellen: tiefer kann dieser nicht mehr sinken.

Ich frage mich nur, wie lange unsere Politiker eine solche Demütigung unserer demokratischen Rechtsnormen noch tolerieren wollen. Ob es nicht doch glaubwürdiger sein würde, gemäß eines moralischen Anspruches zu agieren, als nach strategischen Koalitionsmodellen zu suchen.

*W. Schneider, VOS*

## Weiter für die Ehrenrente kämpfen!

☒ Mein Mann war von 1971 bis 1977 im Zuchthaus Brandenburg zu unrecht inhaftiert. Meine Kinder und ich haben während dieser Zeit und danach schwer gelitten. Mein Mann ist seit zehn Jahren tot. Würde er leben, hätte er Anspruch auf die Opferpension. Ich habe diesen Anspruch nicht und muss nun mit wenig Geld auskommen. Die Gewährung der Ehrenrente für Hinterbliebene könnte meine Not und die meiner Kinder ein wenig lindern.

Darum meine Bitte: Lasst nicht zu, dass die Hinterbliebenen der ehemaligen politischen Häftlinge der DDR leer ausgehen! Bitte kämpft weiter für bessere Bedingungen zur Gewährung der Operamente. *Grete Messerschmidt*

**Die VOS trauert um**

**Heinz Krönert**

**Verstorben im Februar 2011**

**Kamerad Krönert war uns insbesondere durch mehrere Textbeiträge für die Freiheitsglocke eine Stütze**

## Olaf Kleinniessen



Am 30.6.2010 hatte Olaf Geburtstag. Der Anruf seiner Frau traf uns wie ein Schlag, Olaf liegt im Koma und ist nicht mehr ansprechbar. Ein treuer und anständiger Kamerad hatte seinen Kampf gegen die in KZ-Haft erlittene Krankheit verloren. Als junger Mann von knapp 18 Jahren leistete er bewusst Widerstand gegen die kommunistische Besatzungsmacht, wissend um deren Verbrechen, die alles Dagewesene überboten. Sein Kampf gegen den Kommunismus schien vergebens, er geriet in die Fänge des NKWD und wurde zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im Lager schloss er sich der Widerstandsgruppe um Werner Krüger an. Im Lager reifte auch sein Entschluss evangelischer Pfarrer zu werden.

Als einen späteren Höhepunkt sah er die Einweihung der Kapelle am Bautzener Karnickelberg an. Obwohl ihm seine wunderbare Frau als Ärztin half, die Leiden zu mildern, holte ihn die Haft ein. Wir verneigen uns vor diesem Kameraden, der einer der Besten war.



*Heinz Unruh*

# Mode- und Musikgeschmack wurden mit Härte und Drill bestraft

*Die Geschichte von einem Jugendarbeits- und Erziehungslager in Rüdersdorf in der dortigen Thälmannstraße / Ein Zeitzeugenbericht von Rainer Buchwald*

Die Zeit der 1960er-Jahre war von kulturellen Umbrüchen geprägt, was besonders auf die damalige Jugend einen wesentlichen Einfluss hatte. Vor allem betraf es die Popkultur und die Kleidung wie etwa Jeans, Mini-Röcke oder Hosen mit Schlag, von den langen Haare gar nicht zu reden ...

In der Schlagerbranche nahm zu dieser Zeit die westliche Rock-Musik, damals als Beat bezeichnet, ihren Anfang. Die Pop-Sänger oder die jungen Bands kreierten in Deutschland und in weiten Teilen Westeuropas sowie in den USA einen ganz neuen Musikgeschmack, von dem man von der DDR aus im Beat-Club und den Musik-Sendungen im West-Radio erfuhr und der die Herzen der jugendlichen Fans begeistert höher schlagen ließ und sie regelrecht mitriss. In dieser Begeisterung waren sich alle Jugendlichen in Ost und West einig.

Zur selben Zeit kam es in der Volksrepublik China ab 1966 zur von Mao Zedong gestarteten Kulturrevolution. Sie war dort offiziell erwünscht, verfolgte aber völlig andere Ziele, als man in den Medien vorgab, und wurde in ihrer unmenschlichen Verwirklichung von vielen Menschen falsch interpretiert. Vor allem die westlichen Studenten, die mit dieser Form des Kommunismus ja niemals wirklich in Berührung kamen, machten aus ihr geradezu einen Kult, was letztlich verhängnisvoll war und in deren Folge eine Reihe von Verbänden entstanden, die für viel Unruhe und Aufruhr sorgten:

- VDS Dachverband
- Für die Offenheit des damaligen VDS spricht, dass sein Nachfolger wiederum dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) angehörte; beide achteten im Übrigen streng darauf, nicht als Vertreter ihrer jeweiligen Gruppierung wahrgenommen zu werden.
- Hans Altendorf
- (Vorstand VDS 1972/73, heute Direktor bei der Stasi-Untersuchenbehörde BSStU)
- SHB Sozialdemokratische Hochschulbund

- LSD Liberale Studentenbund Deutschlands
- HSU Humanistische Studentenunion
- SHB Sozialdemokratische Hochschulbund

Hinsichtlich dieser Ursachen muss darauf hingewiesen werden, dass jene Zeit durch zwei Umbrüche gekennzeichnet war; durch einen kulturellen und einen politischen Umbruch.

Der kulturelle Umbruch ging jedoch der Studentenrevolte um mehrere Jahre voraus. Und was meist nicht beachtet wird: Er fand bereits in den 1960er-Jahren statt und begann vor allem im Bereich der Musik und der Lebensauffassung.

Beispielsweise fand das letzte Live-Konzert der bekannten Beatles, die seinerzeit die Musik revolutionierten, im Jahre 1966 statt. Auch die sogenannte sexuelle Revolution wurde damals durch die Anti-Baby-Pille und nicht zuletzt durch Aufklärungsserien eines Oswald Kolle stark forciert. Der kulturelle Umbruch setzte also sehr viel früher ein und war nicht das Ergebnis der besagten Studentenrevolte, sondern umgekehrt auch der Humusboden für den politischen Protest.

Einer der Haupt-Akteure der Stu-

dentenrevolten, wenn nicht deren entscheidende Figur, war Alfred Willi Rudi Dutschke, der am 7. März 1940 in Schönefeld bei Luckenwalde geboren wurde. Er war ein deutscher marxistischer Soziologe und der bekannteste Wortführer der westdeutschen und West-Berliner Studentenbewegung der 1960er-Jahre.

Mehr als einmal notieren ostdeutsche Agenten enttäuscht, dass Rudi Dutschke vom "Scheiß-Sozialismus in der DDR" spricht und im Arbeiter- und Bauern-Staat mangelnde Freiheitsrechte beklagt.

So werden durch Schlagzeilen in den Zeitungen 1966/67 die Andersdenkenden Jugendlichen in Misskredit gebracht. Mit solchen Sprüchen wie sie in der „Bildzeitung“ und der "BZ" erschienen machten die Studenten Furore:

- Stoppt den Terror der Jung-Roten!
- Polit-Gammler Dutschke dreht an einem dollen Ding!
- Studenten drohen: Wir schießen zurück!
- Unruhestifter unter Studenten ausmerzen!
- Kein Geld für langbehaarte Affen!



**1973 – Jugendweltfestspiele in der DDR. Die Politgarde mit ihrem selbst erkorenem Idol Professor Angela Davis aus den USA. Westliche Musik bleibt zum großen Teil noch immer verboten. In den Strafanstalten schmoren auch jetzt politische Häftlinge.**



So wurde daraus schnell ein Ost-West-Konflikt, und insbesondere betraf er, die geteilte Stadt Berlin. Hier prallten die Gegensätze zwischen Ost und West besonders spürbar und wirkungsvoll aufeinander, hier hatten beispielsweise Proteste gegen den militärischen Einsatz der USA in Vietnam eine besondere Bedeutung. Aber es war auch die häufig aus Westdeutschland zugezogene Studentenschaft, welche sich in West-Berlin aufhielt, weil sie sich hier wegen des Vier-Mächte-Status‘ der auf dem Gebiet der Bundesrepublik geltenden Wehrpflicht entziehen konnte. Diese Leute waren auch sehr kritisch bis feindlich gegenüber den USA eingestellt.

Aber in Ostberlin bereitete man sich schon wieder auf einen 17. Juni vor und man zog alle Register. Die Jugendlichen wurden ab 1966 in allen Stadtbezirken von Berlin/ Ost durch das Ministerium für Staatssicherheit, unter Leitung des Oberstleutnant Wolfgang Sch. planmäßig durch Kontaktpersonen und IMs unterwandert.

Dabei wurden selbst kleinere Gruppen von drei bis vier Personen, die man beim Hören von Westmusik erwischt, verwarnt und im Wiederholungsfall in ein Arbeitslager für Jugendliche nach Rüdersdorf gebracht.

Diese Begriffe wie Karl-Marx-Allee-Verbot, Weihnachtsmarkt-Verbot, Alexanderplatz-Verbot finden in diesen Berichten sehr häufig Anwendung. Durch die Dienstanzweisung 4/66 (Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion unter der Jugend) und durch den Befehl 11/66 war so etwas möglich. Eröffnet wurde dieses Lager am 27. November 1966. Die Inbetriebnahme erfolgte auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Magistrat von Groß-Berlin (Abteilungen Inneres und Volksbildung), dem Generalstaatsanwalt von Groß-Berlin sowie dem Präsidenten der Volkspolizei. Es verfügte über 45 Plätze für 14 bis 18 Jahre alte Jugendliche, die von 16 Volkspolizisten unter Leitung eines Leutnants des Strafvollzuges bewacht wurden. Geplant war es als schnell umsetzbare Erziehungsmaßnahme gegen Jugendliche, denen die Autorität der Staatsmacht bewusst ge-

macht und die somit entsprechend diszipliniert werden sollten. Die Einweisungsgründe waren vielfältig; beispielsweise konnte undiszipliniertes oder auffälliges Verhalten in der Öffentlichkeit ausreichen. Der Erziehungsgedanke war hier maßgeblich für eine Einweisung in das Objekt Rüdersdorf, aber auch die Ausmerzung westlicher Einflüsse stand deutlich im Vordergrund. Die Jugendlichen wurden - ohne gerichtliches Verfahren - durch Verfügung der Berliner Referate in das Objekt Rüdersdorf eingewiesen, obwohl der Vollzug der Maßnahme der Deutschen Volkspolizei unterstand. Die Gesetzeswidrigkeit dieses Vorgehens war den höchsten Organen bereits spätestens seit Februar 1967 bekannt. Ausweislich einer Aktennotiz vom 22. Februar 1967 (BArch DR 2/511 27) führte eine an den damaligen Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht gerichtete Beschwerde zu heftigen Diskussionen darüber, wie der gesetzeswidrige Zustand beseitigt werden kann. Bei einer Beratung darüber führte der Generalstaatsanwalt der ehemaligen DDR, Dr. Streit, hierzu aus, dass das Objekt Rüdersdorf in einen Jugendwerkhof umgewandelt oder aber wegen der Gesetzeswidrigkeit aufgelöst werden müsse. Die Umwandlung in einen Jugendwerkhof erfolgte nicht.

Obwohl die Maßnahmen der Volkspolizei ohne jede rechtlichen Grundlagen erfolgten und auch jeder menschlichen Behandlung von Jugendlichen widersprachen, wurde die Vorgehensweise unbeirrt fortgesetzt, um die Möglichkeit der Schocktherapie im Lager Rüdersdorf weiter nutzen zu können.

Dass ein hohes Maß an Interesse daran bestand, die von der DDR missbilligten Verhaltensweisen der Jugendlichen aufzuspüren und nachhaltig zu ahnden, zeigt auch die Einbindung des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke und der Genossin Minister für Volksbildung Margot Honecker.



Obwohl die Gesetzeswidrigkeit bekannt war, setzten sie die Einweisungen unbeirrt fort, um junge Menschen in ihrer keine Abweichungen dulddenden sozialistischen Terrorideologie zwangsweise zu erziehen. Da zu dieser am 26. Januar 1967 die Direktive 1/67 ins Leben gerufen und am 1. Juni beschlossen wurde, liegt es nahe, dass wir für diese ein Testobjekt waren und auf diese Art und Weise weitere Menschen im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte in Gefängnisse und Lager gesperrt wurden.

Durch Beschluss des Kammergericht Berlin 2 Ws 28/10 REHA, im August 2010 ist dies erst aktenkundig und somit auch für die Nachwelt erhalten geblieben.

Rainer Buchwald, Zeitzeuge

// Verwaltung für Staatssicherheit Groß-Berlin Stellvertreter Operativ	BArch 2202 Berlin, den 5. Okt. 1967 Schw/Zn - Stv/626 /67 A 22 411 x12
Ministerium für Staatssicherheit Leiter Hauptabteilung XX/ Genossen Oberst K.	BStU 000308
Berlin	00308
Anliegend wird der 3. Bericht zur Aufklärung und Beseitigung operativer Schwerpunkte und zur Verhinderung von Zusammenrottungen, Provokationen und Ausschreitungen negativer Jugendlicher in der Hauptstadt der DDR mit der Bitte um Kenntnisaufnahme und Auswertung übersandt.	
Anlagen 11 Blatt	Sel Oberstleutnant

# Das Fg-Interview

## Geschichtsaufarbeitung der deutschen Teilung auch in Rahmenlehrpläne der Schulen aufnehmen!

Zweiter Teil des Gesprächs mit Detlef von Dechend, dem Mitorganisator des Zeitzeugenprojekts in NRW

*In Fg-Ausgabe 698 veröffentlichten wir ein Interview zum Thema Zeitzeugenarbeit in Nordrhein-Westfalen. Leider konnte die angekündigte Fortsetzung in Ausgabe 699 nicht erfolgen, so dass wir dies in der nun vorliegenden Jubiläumsausgabe nachholen.*

**FG:** Ist es erforderlich, als Zeitzeuge in der VOS oder einem der kleinen Verbände oder Initiativgruppen Mitglied zu sein?

**D. v. Dechend:** Nein, die Zeitzeugen kommen ausdrücklich aus verschiedenen Opferverbänden, auch aus kleineren bzw. es sind auch betroffene Einzelpersonen ohne derzeitige Vereinszugehörigkeit dabei. Viel wichtiger ist die Vertrauenswürdigkeit und die Zuverlässigkeit des Zeitzeugen. Unser oberstes Ziel ist die Aufklärung und nicht die Vereinsmeierei.

**FG:** Nun zu den Einsätzen, also den Schauplätzen der Zeitzeugenveranstaltungen. Hier kommen in erster Linie Schulen in Frage. Welche Schulformen sind das?

**D. v. Dechend:** Die Schulform spielt keine entscheidende Rolle. Ab der neunten Klasse aufwärts sind die Veranstaltungen gut durchführbar. Am effektivsten sind sie im Klassenverband, d. h. für eine Klasse ein Zeitzeuge.

**FG:** Wie erreicht man die Schulen?

**D. v. Dechend:** Durch Informationsbriefe, persönliche Besuche/Gespräche mit den Lehrern, Telefonanrufe, Veröffentlichungen der durchgeführten Veranstaltungen in den Medien (Zeitung, regionaler Rundfunk bzw. TV). Man hat mitunter das Gefühl des "Klinkenputzens" wie ein Werbevertreter. Aber die Schulen bzw. ihre verantwortlichen Lehrer sind mitunter leider recht träge und müssen direkt angesprochen werden, obwohl das Ganze für sie völlig kostenlos ist. Es kommt auch schon mal vor, dass die "Mund-zu-Mund"-Propaganda der Schüler untereinander oder deren Eltern zur Vermittlung einer Veranstaltung führen.

**FG:** Werden die Vorträge, die von den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gehalten werden, mit den Schülerinnen und Schülern vorbereitet? Gibt es anschließend in den Unterrichtsstunden in den Klassen oder Leistungskursen dazu Gespräche?

**D. v. Dechend:** Die inhaltliche Vorbereitung / Abstimmung gibt es i. d. R. vorher durch unseren wissenschaftliche Betreuer (Dr. Hoffmann, Ruhr-Uni Bochum) mit dem Fachlehrer. Die Veranstaltung selbst gliedert sich meistens in einen Vortrags- und einen Diskussions-/Gesprächsteil. Eine weitere Aussprache dazu gibt es später nicht. Dazu reicht nach Aussagen der Lehrer die vorhandene Stundenzahl nicht aus.

**FG:** Du selbst bist mit anderen Kameradinnen und Kameraden sowie mit Dr. Frank Hoffmann auf der DIDACTA in Köln mit einem Stand vertreten gewesen. Welche Eindrücke hast du mitgenommen?

**D. v. Dechend:** Die DIDACTA in Köln, d. h. in NRW war für uns ein Highlight der Werbeaktionen für das Projekt, da zu dieser Bildungsmesse fast die gesamte Lehrerschaft aus NRW pilgerte. Wir hatten in den 5 Tagen eine Vielzahl interessanter Gespräche mit der Lehrerschaft. Den konkreten Erfolg einer solchen Werbeaktion kann man leider selten beziffern. Doch dass wir auch über die Landesgrenzen hinaus wirkten, zeigte sich durch anschließende Anfragen aus Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Vom gesamten Aufwand - Zeiteinsatz (5 Tage jeweils mind. 2 Personen täglich am Stand) und Kosten (ca. 5.000 EUR Standkosten) - kann man solche Aktion wohl nicht jedes Jahr wiederholen, zumal die DIDACTA jedes Jahr in einem anderen Bundesland (2011 in Stuttgart) stattfindet.

**FG:** Spielt auch das politische Klima, gemeint ist seit der letzten Wahl in NRW verstärkte Einfluss der Linken eine Rolle für die teils noch herrschende Unentschlossenheit, Zeitzeugen an die Schulen zu laden, oder liegt es eher an der Trägheit des Lehrpersonals?

**D. v. Dechend:** Aus dem bisherigen Verlauf der Anfragen lässt sich keine signifikante Beziehung zum politischen Machtwechsel in NRW ableiten. Die Lehrer offenbaren uns gegenüber sowieso nicht ihre politische Haltung, man kann sie mitunter nur erahnen. Dagegen kann ich eine deutliche Beziehung zu aktiven Lehrern und ihrem Interesse an einem Zeitzeugen und umgekehrt ausmachen.

**FG:** Wäre es nicht sinnvoll, solche Veranstaltungen, wie sie das Zeitzeugenprojekt anbietet, in die Rahmenlehrpläne einer oder zweier Jahrgangsstufen aufzunehmen und damit die Schulen zur Geschichtsaufarbeitung der deutschen Teilung nachhaltig zu verpflichten?

**D. v. Dechend:** Das würde ich grundsätzlich sehr begrüßen. Allerdings ergeben sich daraus andere Anforderungen an die Zeitzeugen und die Organisationsstruktur. Das wäre mit unserer Projektform nicht mehr zu bewältigen. Mit anderen Worten, die Zeitzeugenarbeit müsste neu organisiert werden (z.B. durch die Landeszentrale für politische Bildung) und es müssten deutlich mehr Zeitzeugen ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklären. Damit sind aber auch die gegenwärtigen Grenzen unseres Projektes aufgezeigt.

**FG:** Das Zeitzeugen-Projekt wird durch die Ruhr-Universität Bochum betreut. Wer ist verantwortlich?

**D. v. Dechend:** Die Idee der Einbeziehung einer kompetenten wissenschaftlichen Einrichtung stammt von Kamerad Kühn, der auch den Kontakt zum Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum herstellte. Deren wissenschaftlicher Mitarbeiter Dr. Frank Hoffmann beschäftigt sich bereits seit mindestens fünfzehn Jahren mit dem Thema der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Erinnerung sei nur an ein Kolloquium

# VOS-ZEITZEUGEN.DE

im Juni des Jahres 1996 in Bochum, bei dem auch u. a. die VOS-Mitglieder Bernd Pieper und Harald Strunz referierten.

**D. v. Dechend:** Dieses kompetente Wissen wollten wir für unser Projekt nutzen, und ich kann heute aus der Erfahrung von gut zwei Jahren Zusammenarbeit sagen, das war ein guter Schachzug. Wir werden an den Schulen durch diese Verbindung seriöser eingeschätzt und bedeutend ernster genommen.

**FG:** Wurden bereits Auswertungen zum Wissensstand der Schülerinnen und Schüler, bei denen die Zeitzeugen aktiv waren, vorgenommen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

**D. v. Dechend:** Bei jeder Veranstaltung werden an alle Schüler Fragebogen verteilt (entworfen von Dr. Hoffmann) und am Ende eingesammelt. Die Auswertung dieser Fragen liegt in der Obhut von Dr. Hoffmann. Ich denke, wir werden am Ende dieser Projektphase dazu einen speziellen Bericht von ihm mit der ausführlichen Auswertung in der Fg vorstellen können.

**FG:** Lässt sich einschätzen, welchen Eindruck die Zeitzeugen mit ihren Vorträgen bei den Schülerinnen und Schülern hinterlassen?

**D. v. Dechend:** Durch die Bank kamen die Zeitzeugen in den Veranstaltungen sehr gut an. Das zeigte sich auch immer in der an den Vortrag anschließenden Gesprächsrunde, die i. d. R. recht lebhaft und durch interessierte Fragen gekennzeichnet war. Dabei gab es durchaus auch provozierende Fragen von den Schülern (z. B. Vergleich der STASI mit den Themen Vorratsdatenspeicherung oder Guantanamo-Haft). Zu weiteren Einzelheiten sei auf den angekündigten Bericht durch Dr. Hoffmann verwiesen.

**FG:** Mittlerweile wurden auch von anderen Institutionen oder Verbänden Aktivitäten zur Zeitzeugenarbeit eingeleitet. Ist das zu begrüßen, weil damit die Aufarbeitung der DDR insgesamt flächendeckender werden könnte oder entstehen hier Konkurrenzsituationen?

**D. v. Dechend:** Hierzu zunächst eine grundsätzliche Bemerkung: Die flächendeckende bundesweite Zeitzeugenarbeit ist zweifellos wünschenswert. Doch lässt sie sich auch vernünftig realisieren und wie sollte das sein? Ich glaube durch meine persönlichen Kontakte die Situation in der bundesweiten Zeitzeugenarbeit recht gut zu kennen. Es gibt derzeit zwei repräsentative Institutionen, die sich die bundesweite Vermittlung der Zeitzeugen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Das sind die Bundesstiftung Aufarbeitung der SED- Dikta-

tur, vertreten durch Frau Dr. Kaminsky und die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, vertreten durch Herrn Dr. Knabe. Beides sind durchaus würdige Einrichtungen, um die zentrale Vermittlung von Zeitzeugen bundesweit zu steuern, aber nur eine von beiden kann führen. Doch gerade deshalb und weil es ab 2011 jährlich 200.000 € von der Bundesregierung als Zubrot (mit dieser Summe allein kann man vernünftig keine bundesweite Zeitzeugenarbeit realisieren) für die Zeitzeugenarbeit gibt (siehe FG 697, S. 8), herrscht momentan aus meiner Sicht eine Konkurrenzsituation zwischen beiden. Unser Projekt wurde bei der fachlichen Anhörung für die Entscheidungsfindung der CDU/CSU-Fraktion dazu am

30. September 2010 in Berlin von Herrn Dr. Hoffmann beispielhaft vorgestellt. Warum dies im genannten Bericht der keine Erwähnung fand, obwohl doch die Kameraden Rink und Stiehl anwesend waren, kann ich nicht verstehen. Die Entscheidung, wer nun "den Hut auf hat", wird wohl von den Politikern gefällt. Ich

würde mir nur wünschen, dass dabei das Schlusswort der Bundestagsabgeordneten Beatrix Philipp zu der Veranstaltung "Jeder Zeitzeuge ist auch ein Opfer. Daher ist Sensibilität bei der Arbeit und im Umgang mit den Zeitzeugen besonders wichtig!" Eingang in die zentrale Vermittlung/ Verwaltung der Zeitzeugen findet. Gerade auf diesen Aspekt haben wir bei dem Umgang und der Vermittlung unserer Zeitzeugen großen Wert gelegt. Eine große Gefahr sehe ich in der Vision eines reinen zentralen Verwaltungsaktes "Zeitzeuge", wie er sich jetzt schon aus dem Titel der Gedenkstätte Hohenschönhausen "Zeitzeugenbörse" ableiten lässt. Der Zeitzeuge wird zur Handelsware, der menschliche Aspekt tritt in den Hintergrund. Für uns hat die Zeitzeugenarbeit immer auch einen nachbarschaftlichen Wert - hier ist ein Mensch, der aus der praktisch unmittelbaren Umgebung der Zuhörer kommt. Insofern würde ich aus meiner Erfahrung mit Zeitzeugenarbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung einen leichten Vorteil zugestehen.

Ein zentrales Zeitzeugenbüro in Berlin sollte auf jeden Fall in den einzelnen Bundesländern Koordinatoren haben, die die regionale Abstimmung der Zeitzeugen vor Ort vornehmen. Hierbei könnte z. B. die VOS als der größte bundesweit tätige Opferverband eine aktive Rolle übernehmen.

**FG:** Gerade die VOS ist in anderen Regionen Deutschlands bei der Zeitzeugenarbeit aktiv. Darüber wurde auch in der Verbandszeitung FG berichtet. Treten hier aus deiner Sicht einseitige oder gar falsche Darstellungen auf?

→ Seite 12 oben

**D. v. Dechend:** Ich würde mir kein Urteil oder eine Bewertung über die Berichterstattung anderer Kameraden in ihren Regionen zu den von ihnen durchgeführten Zeitzeugenveranstaltungen herausnehmen. Im Gegenteil, ich begrüße ausdrücklich die vielfältige Berichterstattung in der FG. Selbstkritisch muss ich dazu bemerken, dass ich selbst vielleicht bisher diese Gelegenheit zu wenig genutzt habe.

**FG:** Fühlst du dich von unserem Opferverband hinreichend unterstützt bzw. angesichts der geleisteten Arbeit, die ja durchweg ehrenamtlich ist, entsprechend gewürdigt?

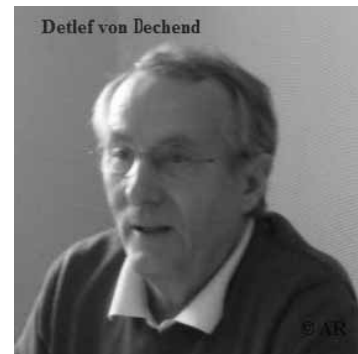
**D. v. Dechend:** Eine heikle Frage, und wenn ich jetzt auch kritische Töne anschlage, dann nicht weil ich eventuell persönlich nicht entsprechend gewürdigt worden wäre. Mir geht es hier eindeutig um die Sache und die vielen beteiligten Zeitzeugen (meist Mitglieder der VOS), die eine überwiegend ehrenamtliche Tätigkeit ausüben. Heute haben inzwischen offensichtlich sehr viele Politiker und Verbandsfunktionäre die Bedeutung der Zeitzeugenarbeit für sich entdeckt und reißen sich um die besten Zeitzeugen oder wollen sich mitunter auch ein wenig in deren Licht sonnen. Als wir im Frühjahr 2008 damit anfangen, mussten wir viel Überzeugungsarbeit leisten, „dicke Bretter bohren“, wie es so schön heißt. Unsere Anfrage nach finanzieller Unterstützung bei unserem VOS-Bundesvorstand wurde sofort abschlägig beschieden. Das war der erste Teil von "Unterstützung", obwohl wir ja mit unserem Konzept der landesweiten Aufklärungsarbeit an Schulen auch entsprechende Werbung für unseren Verband machen. Dementsprechend enttäuscht waren wir auch über die kurze und knappe Ablehnung.

Nachdem dann im Herbst 2008 unser Pilotprogramm lief, hat Kamerad Kühn sofort auf der Generalversammlung in Friedrichroda 2008 darüber berichtet. Anschließend hätte ich mir gewünscht, dass der VOS-Bundesvorstand jetzt die Bedeutung dieses Themas für die VOS erkennt und sich selbst aktiv für die bundesweite Verbreitung stark macht bzw. selbst vielleicht die bundesweite Führung/Koordination innerhalb der VOS übernimmt. Aber in dieser Hinsicht geschah nichts. Lediglich ein Anmeldeformular für die Zeitzeugenarbeit kam für mich als sichtbares Ergebnis heraus.

Bei der nächsten Generalversammlung 2010 in Berlin wurde mein geplanter Bericht über die Zeitzeugenarbeit gar ohne Begründung von der Tagesordnung gestrichen. Soviel zur Unterstützung durch den Bundesvorstand. Da mutet es schon recht seltsam an, wenn es jetzt in der Mitteilung des Bundesvorstands in der letzten Fg heißt, "... der Bundesvorstand der VOS betrachtet es als seine Hauptaufgabe, die Zeitzeugenarbeit voran zu treiben. usw."

Im Weiteren suggeriert der Beitrag, der VOS-Bundesvorstand hätte in Verhandlungen mit der Bundesregierung die Einrichtung des zentralen Zeitzeugenbüros und dessen jährliche finanzielle Unterstützung mit 200.000 EUR maßgeblich beeinflusst. Hier hätte ich uns allen mehr und klarere Informationen gewünscht. Soviel Zeit und Sorgfältigkeit muss schon sein, wenn man als BV etwas Wichtiges mitzuteilen hat.

Abschließend noch ein Vorschlag oder Wunsch an den Bundesvorstand: Ich könnte mir gut ein eintägiges Seminar als Erfahrungsaustausch jährlich für die VOS-Vertreter aller Bundesländer zur Zeitzeugenarbeit vorstellen, organisiert vom Bundesvorstand!



**FG:** Wie ist die finanzielle Situation, werden für 2011 wieder ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt, damit die Arbeit fortgesetzt werden kann?

**D. v. Dechend:** Wir haben termingerecht im August 2010 den Antrag auf Fortsetzung des Projektes für die Jahre 2011 und 2012 bei der Stiftung Aufarbeitung gestellt und noch vor Weihnachten 2010 einen positiven Bescheid dazu erhalten. Darüber sind wir sehr froh, zeigt das doch die Wertschätzung, die unsere Arbeit offiziell erfährt. Andererseits haben wir nun die langfristige Sicherheit für die Fortsetzung.

**FG:** Zuletzt eine eher hypothetische Frage. Kannst du dir vorstellen, dass durch einen ausreichenden Wissensstand der deutschen Schülerinnen und Schüler in ein paar Jahren oder wenigstens Jahrzehnten keine Zeitzeugenprojekte mehr erforderlich wären?

**D. v. Dechend:** Nein, derzeit nicht, wobei ich nicht wie manche Politiker Jahrzehnte vorausschaue, sondern nur dieses Jahrzehnt im Blick habe. Ich bin nicht optimistisch, was die verpflichtende Wissensvermittlung über die zweite deutsche Diktatur, die Zeit der SED-Herrschaft, an deutschen Schulen betrifft. Dazu wird auch beitragen, dass anders als bei der nationalsozialistischen Diktatur die Träger des kommunistischen Systems (Stasi, SED) gesellschaftspolitisch von großen Teilen der Bevölkerung quasi rehabilitiert sind und schon wieder in ihrem Sinn politisch aktiv werden können. Die Aufklärung in den Medien findet nur an bestimmten Jahrestagen – z. B. 20. Jahrestag des Mauerfalls bzw. der deutschen Einheit – statt. Wir bleiben also, solange wir können, als Aufklärer gefragt und müssen diese Aufgabe konsequent und beharrlich wahrnehmen. Ich würde mir wünschen, dass es eine zentrale, bundesweite Stelle gäbe, unterstützt durch entsprechende Landeseinrichtungen, die den Zeitzeugeneinsatz finanzieren und koordinieren würden.

Sie könnte ähnlich dem aufgebaut sein, wie wir es zurzeit ehrenamtlich in NRW machen, d.h. in Verbindung mit einer kompetenten Forschungseinrichtung, Schwerpunkt Geschichte.

Es ist aus meiner Erfahrung nicht sinnvoll, die Zeitzeugen einfach ohne Vorbereitung wild auf die Schüler loszulassen. Weiterhin sollte der nachbarschaftliche Gesichtspunkt – der Zeitzeuge ist einer aus der unmittelbaren Umgebung – für die bessere Identifikation der Schüler mit dem Zeitzeugen Berücksichtigung finden.

*Der Redakteur dankt im Namen der Leserinnen und Leser für die aufschlussreichen Antworten, die sicherlich einigen Aufwand in Anspruch genommen haben.*

# Das Interesse ist da, aber man muss den Stoff verständlich vermitteln

VOS-Kamerad Gerhard Schneider als Zeitzeuge im Gespräch mit Jugendlichen des BSZ Werdau

Am 2. Dezember 2010 hat mich Frau Brabant, Fachlehrerin für Ethik am Beruflichen Schulzentrum (BSZ) in Werdau/Technisches Gymnasium eingeladen, um als Zeitzeuge mit den Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 13/1 über die Entstehung der Widerstandsgruppe "Werdauer Oberschüler" im Jahr 1950, sowie deren Tätigkeiten zu diskutieren.

Zunächst haben eine Schülerin und vier Schüler einen Vortrag über die Aktivitäten der Gruppe und die daraus entstandenen Folgen gehalten. Zum Beispiel:

- **Anfertigen und Verteilen von Flugblättern;**
- **Verhaftung der Gruppenmitglieder im Mai 1951;**
- **Prozess vor dem Landgericht in Zwickau.**

Die Verhandlung begann am 3. Oktober um 10.30 Uhr und endete am 4. Oktober um 0.30 Uhr. Die 19 Angeklagten, 17 von ihnen waren zwischen 16 und 19 Jahre alt, wurden zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Vortrag, der mit zahlreichen guten Schaubildern unteretzt war, hat alte Erinnerungen in mir wieder aufgerufen. Trotzdem war ich über die gelungene Darstellung dieser Problematik angenehm überrascht! Die fünf Jugendlichen mussten sich doch gründlich

damit befassen, um den Anwesenden alles verständlich darzulegen und sie nicht zu langweilen. Dies beweist, dass sich Jugendliche, obwohl sie die DDR nur vom "Hörensagen" kennen, intensiv mit einem derart brisanten Thema der DDR befassen und auch verständlich den Anwesenden vermitteln können! Sie müssen nur in entsprechender Art und Weise an diese Thematik herangeführt werden.

Ich möchte deshalb Frau Brabant und den fünf Jugendlichen ein großes Lob für diesen sehr gut gelungenen Vortrag aussprechen! In der anschließenden Diskussion mit der ganzen Klasse habe ich noch verschiedene Fragen, u. a. über meine Haftzeit und die Zeit nach meiner, am 29. September 1956 erfolgten Entlassung beantwortet.

*Gerhard Schneider*

**Die VOS dankt Gerhard Schneider für seinen Einsatz in der Zeitzeugenarbeit. Alle, die noch zögern, sich für Zeitzeugen-Veranstaltungen, auf denen über die wirklichen Seiten des Sozialismus informiert wird, zu entscheiden, sollte der Einsatz von Gerhard Schneider ermutigen, ebenfalls als Zeitzeugen aufzutreten. Informationen erteilen die Kameraden Heinz Kühn und Detlef von Dechend, die mit großem Engagement das VOS-Zeitzeugenprojekt in NRW initiierten.**

## Persönliche Angaben zum Autor des Beitrags:

Gerhard Schneider wurde 1931 geboren. Er besuchte die Volksschule, danach die Haupt- bzw. Mittelschule und später die Oberschule.

Da sein Vater 1943 verstarb, musste seine Mutter allein für die vier Kinder sorgen. Deshalb verließ er im Januar 1950 die Oberschule und begann in einem Handwerksbetrieb die Lehre als Maschinenschlosserlehrling. Trotzdem hatte er auf der Basis seiner Briefmarkenleidenschaft und als Karl-May-Freund noch Verbindung zu den ehemaligen Klassenkameraden der Oberschule, die sich immer mehr mit den Problemen und Versprechungen der Nachkriegszeit befasst haben. In deren Folge entstand die Widerstandsgruppe der Werdauer Oberschüler, die bis Mai 1951 vorwiegend mit selbst angefertigten Flugblättern gegen die Politik der DDR-Führung protestierten.

Im Mai 1951 wurden 19 Gruppenmitglieder verhaftet. Nach unzähligen Verhören begann am 3. Oktober 1951 10.00 Uhr am Landgericht in Zwickau die Verhandlung.

Zur Verhandlung war Gerhard Schneider 19 Jahre alt. Er wurde zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1956 wurde seine Strafe auf 8 Jahre herabgesetzt, sodass er am 29. September 1956 vorzeitig, aber mit zwei Jahren Bewährungszeit, aus dem Zuchthaus Torgau entlassen wurde.

Nach seiner vorzeitigen Entlassung im Jahr 1956 blieb er in Werdau.

Seit einigen Jahren spricht er als Zeitzeuge in verschiedenen Schulen der Region vor den Klassen über die damaligen Aktionen. (FG)

## Hafterlebnisse einer bitteren Welt spannend nahe gebracht

*Siegfried Jahnkes Gulag-Geschichten sind treffsicher und spürbar authentisch / von H. Diederich*

Alle, die die Freiheitsglocke lesen, dürften über das Leben in den von den Sowjets eingerichteten Gulags, über die Gründe der Inhaftierung, über die Art der Urteilsprechung und über die vielen Toten und Kranken vor allem in Bautzen hinreichend informiert sein. Immer wieder hat die Fg Zeitzeugenberichte veröffentlicht, Bücher von ehemals Inhaftierten vorgestellt und auf Veranstaltungen in den Gedenkstätten hingewiesen.

Und dennoch ist noch nicht alles berichtet, gibt es immer wieder De-

tails, die bis dato noch unbekannt waren und die man als Leser mit Erstaunen zur Kenntnis nimmt.

### FG-Buchtipps

Nun hat Siegfried Jahnke, den viele von uns durch seine ehrenamtlichen Tätigkeiten kennen, ebenfalls ein Buch über seine Haftzeit veröffentlicht. Und dieses Werk enthält wirklich großartige Schilderungen. Die Darstellungsweise des Autors ist bei aller Tra-

gik, die zum Entstehen des Buches geführt hat, gut bekömmlich und äußerst spannend. Der Inhalt, eine in szenische Abschnitte gefasste zusammenhängende Erzählung, lässt uns noch einmal das erleben, was wir schon von Kempowski und anderen kennen, und doch empfindet es der Leser als neu, teils als distanzierter. Ein Buch, das auch junge Leute ansprechen dürfte, und das wir daher allen empfehlen.

**Siegfried Jahnke:  
GULAG- GESCHICHTEN,  
180 Seiten, 978-3-00-32222-8**



# Roland Jahn – nach Protesten mit Gewalt aus der DDR ausgebürgert

*Ein Porträt des neuen Bundesbeauftragten für die Unterlagen des früheren MfS*

Roland Jahn ist einer von uns Ex-Häftlingen, der aus politischen Gründen verfolgt und eingesperrt wurde, einer wie wir, der die unwissenden Westdeutschen seit Jahren aufklärt über die Zustände im einstigen SED-Staat.

Geboren am 14. Juli 1953 im thüringischen Jena, wurde er zunächst zur „Bereitschaftspolizei“ eingezogen und in der Nähe seiner Heimatstadt dazu ausgebildet, Aufstände von Arbeitern wie den vom 17. Juni 1953 niederzukämpfen, was ihn derart erschreckte, dass er nachzudenken und politisch aktiv zu werden begann. Vier Jahre nach dem Abitur nahm er 1975 an der Friedrich-Schiller-Universität ein Studium der Wirtschaftswissenschaften auf. Als am 16. November 1976 der Ostberliner „Liedermacher“ Wolf Biermann ausgebürgert worden war, protestierte er in aller Öffentlichkeit gegen diesen heimtückischen Willkürakt gegen den Sänger, dessen Westreise nach Köln von Staat und Partei genehmigt worden war. Ein halbes Jahr später, während des Demonstrationsmarsches der „Arbeiterklasse“ zur Kundgebung des „Tags der Arbeit“ am 1. Mai 1977, trug er statt eines Transparents ein weißes Transparent ohne Aufschrift mit sich, um auf die in der DDR herrschende Zensur aufmerksam zu machen. Wegen solcher Aktionen wurde er noch 1977 exmatrikuliert und als Transportarbeiter in den „Volkseigenen“ Betrieb Carl-Zeiss-Werke zwangsverpflichtet. Das galt als Strafe und hieß „Bewährung in der Produktion“. Fünf Jahre später, 1982, verschickte er Postkarten, auf denen sein Gesicht abgebildet war, wobei die eine Gesichtshälfte Adolf Hitler, die andere Josef Stalin zeigte. So geschminkt fuhr er auch mit dem Fahrrad durch Jena. Zur gleichen Zeit gelang es ihm, in der SED-Zeitung „Volkswacht“ eine Traueranzeige zur Erinnerung an seinen Freund Matthias Domaschk (1957-1981) unterzubringen, der am 12. April 1981 in der Untersuchungshaftanstalt Gera der „Staatsicherheit“ auf merkwürdige Weise zu Tode gekommen war. Nach einer Protestaktion gegen die Ostber-

liner Militärparade der „Nationalen Volksarmee“ am 1. Mai 1982 wurde er mehrmals festgenommen und als „Staatsfeind“ verhört. Am 1. September folgte die Verhaftung, weil er an seinem Fahrrad die polnische Nationalflagge mit der Aufschrift „Solidarität mit dem polnischen Volk“ angebracht hatte und protestierend durch Jena gefahren war. Wegen „öffentlicher Herabwürdigung der staatlichen Ordnung“ und „Missachtung staatlicher Symbole“, Strafdelikte, die es in keinem demokratischen Staat gibt, wurde er zu 22 Monaten politischer Haft verurteilt.

Immerhin wurde er schon nach wenigen Tagen wieder entlassen, was die Veröffentlichungen über seinen Fall in der Westpresse und internationale Proteste bewirkt hatten. Während der Haft unter Druck gesetzt, einen Antrag auf Ausreise zu unterschreiben, widerrief er sofort nach der Entlassung. Mit oppositionell gesinnten Freunden gründete er im März 1983 die „Friedensgemeinschaft Jena“, die statt für die 1962 eingeführte Wehrpflicht für einen „sozialen Friedensdienst“ eintrat, was nach offizieller Einschätzung die Wehrkraft der „Nationalen Volksarmee“ schwächte. Das Wirken dieser Oppositionsgruppe war insofern einzigartig, weil sie außerhalb kirchlicher und öffentlicher Strukturen wirkte. Auf die Gefahr der Bildung von Gegenpositionen zur offiziellen SED-Politik antwortete die Bezirksverwaltung Gera der „Staatsicherheit“ mit der „Aktion Gegenschlag“, woraufhin am 18. Mai 1983 rund 40 Friedensaktivisten aus Jena und Apolda ausgebürgert wurden. Roland Jahn wurde am 8. Juni 1983 unter einem Vorwand zum Wohnungsamt bestellt, wo ihn das MfS festnahm, in Knebelketten zum Grenzbahnhof Probstzella fuhr und ihn in einem leeren Abteil des Interzonenzuges Berlin-München ankettete. In Ludwigstadt wurde er von der Bayerischen Grenzpolizei mit der Eisen-

säge befreit. Er lebte dann in Westberlin, wo sich ein ganzer Kreis oppositioneller Jenaer niedergelassenen hatte, und reiste 1985 heimlich nach Jena, musste aber feststellen, dass alle seine Freunde und Mitkämpfer weg gezogen oder ausgebürgert waren. In den Jahren 1985/87 bearbeitete er im Hamburger „Institut für Sozialforschung“ das Projekt „Opposition in der DDR“ und erlebte im März 1987 ein besonders düsteres Kapitel innerdeutscher Entspannungspolitik. Damals sollte die 1986 beschlossene



ne Städtepartnerschaft mit Jena durch den Erlanger Stadtrat ratifiziert werden. Die Fraktion „Grüne Liste“ hatte den ausgebürgerten Jenaer zum Festakt im Rathaussaal eingeladen, wo ihm aber der Zutritt von kräftigen Mitarbeitern des Rathauses verweigert wurde. Zweieinhalb Jahre vor dem Mauerfall unterwarfen sich die Erlanger Stadtväter den Forderungen der Jenaer Delegation, die mit sofortiger Abreise gedroht hatte. Roland Jahn arbeitete dann als freier Mitarbeiter des ARD-Magazins „Kontraste“. Hier lieferte er Beiträge über Menschenrechtsverletzungen im SED-Staat und über die Umweltverschmutzung im Bitterfelder Industrieviertel. Bis zum Mauerfall 1989 observierte ihn das MfS als „Operativer Vorgang Weinberg“. Seit 1991 arbeitet er beim „Rundfunk Berlin- Brandenburg“ in Potsdam, seit 2006 als Chef vom Dienst und stellvertretender Redaktionsleiter. Am 28. Januar 2011 wurde er vom Deutschen Bundestag mit 535 Stimmen zum neuen Bundesbeauftragten gewählt, am 14. März tritt er sein neues Amt an.

*Jörg Bernhard Bilke*

# Möchte Erfahrungen einbringen und wünsche mir gute Zusammenarbeit

*Beratungsstelle im Berliner VOS-Büro erhält mit Dr. Weiße ein neues, aber bekanntes Gesicht*

Liebe Kameradinnen,  
liebe Kameraden!

Wie Ihr auf diesem Bild seht, habe ich mich seit dem Angriff vom 8. Januar 2011 einigermaßen erholt. Auch ist der Anlass für dieses Bild – und das von Hartmut Richter – ein gänzlich anderer.



Am 29.01.2011 feierte Hartmut Richter seinen 63. Geburtstag, zu dem wir ihn im Namen der VOS, damit auch in Eurem Namen, herzlich gratuliert haben. Hartmut Richter hat diesen Geburtstag aber auch zum Anlass genommen, um für seine Lebensplanung eine wichtige Entscheidung zu treffen, und ist mit Ablauf des 31.01.2011

in Rente gegangen. Ich möchte ihm deshalb an dieser Stelle im Namen der VOS und im Namen der vielen Betroffenen für seine mehrjährige engagierte Beratungstätigkeit im Berliner Büro der VOS sehr herzlich danken.

Er ist nicht aus der Welt und wird beispielsweise seine Zeitzeugenarbeit in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen fortsetzen und sicherlich gelegentlich auch bei uns hereinschauen. Aber natürlich ist das ein neuer Lebensabschnitt, für den wir ihm alles Gute wünschen. Die Beratungsstelle im Berliner Büro der VOS war bereits im Dezember 2010 vom Bundesvorstand zur erneuten Besetzung ausgeschrieben worden, und nach Ablauf der Bewerbungsfrist hat sich der Bundesvorstand entschlossen, mich einzustellen. Seit dem 1. Februar 2011 habe ich deshalb die Nachfolge von Hartmut Richter im Berliner Landesbüro der VOS angetreten.

Jeder Wechsel ist mit einer Umstellung verbunden. Wenn deshalb in der Übergangszeit das eine oder andere nicht ganz so klappt, wie es bisher der Fall war, dann bitte ich Euch um Nachsicht und darum, mir bei der Einarbeitung in die neue Tätigkeit zu helfen.

Ein paar Worte zu mir: Ich wurde 1944 im Erzgebirge geboren, bin dann ab 1948/49 in Wuppertal aufgewachsen, habe aber immer noch Kontakte in die alte Heimat gehabt, und es sind über die kirchliche Jugendarbeit neue Kontakte dazu gekommen. Da habe ich 1966 und 1967 mehrmals für Freunde in der DDR Fluchthilfe geleistet und 1968 eine sich entwickelnde erste Bürgerrechtsgruppe von Theologiestudenten aus der ganzen DDR unterstützt. Von einem IM verraten, wurde ich im August 1968 in

Ungarn bei der Fluchthilfe verhaftet und nach acht Monaten Haft in Ungarn im Rahmen des „OV Skorpion“ gegen die Bürgerrechtsgruppe von Ungarn ausgeliefert – als der erste und vermutlich einzige ausgelieferte Westdeutsche. Das ging natürlich nur bei Vorwürfen wie Spionage, weshalb ich dann mit diesem Vorwurf zu 15 Jahren verurteilt wurde.

Im November 1974 wurde ich als der erste politische Gefangene nach der Guillaume-Affäre ausgetauscht. Ich habe dann Ethnologie studiert, geheiratet, drei Kinder bekommen und mal in diesem und jenem Projekt gearbeitet. Nach acht Monaten im Landratsamt Potsdam als Sozialdezernent habe ich ab 1991 im Land Brandenburg ein landesweites Netz von Selbsthilfekontaktstellen aufgebaut, mit dem ich immer noch ehrenamtlich sehr verbunden bin.

Ich hoffe deshalb, in meiner neuen Tätigkeit bei der VOS diese Erfahrungen für die Kameradinnen und Kameraden in den Ländern Berlin und Brandenburg einsetzen zu können und wünsche mir eine gute Zusammenarbeit.

Wenn ich Euch einmal irgendwo in Brandenburg (oder Berlin) besuchen soll, dann meldet Euch bei mir. *Dr. Frieder Weiße*

## Dank an Hartmut Richter für seinen Einsatz

*BV/AR* Bundesvorstand und Redakteur danken Hartmut Richter für die langjährige verdienstvolle Arbeit zur Unterstützung der Diktatur-Opfer. Wir freuen uns, dass Kamerad trotz des „Ruhestandes“ noch weiter aktiv bleibt. Frieder Weiße wünschen wir Erfolg.

**Wir trauern um**

**Heinz Kröning  
Robert Niehaus**

**Bezirksgruppe Stuttgart  
Bezirksgruppe Chemnitz**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## Zeitzeugenarbeit nun auch auf Uni-Niveau erweitert

*Detlef von Dechend und Alexander Richter finden große Resonanz bei Oldenburger Studierenden*

Ein großer Erfolg wurde die Seminarveranstaltung der beiden VOS-Zeitzeugen Detlef von Dechend und Alexander Richter an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, die auf Einladung des renommierten Geschichtswissenschaftlers Malte Thiessen am 2. Februar 2011 unter dem Thema „Zeitzeugen: Ein Erinnerungsmedium zwischen Fernsehen, Familie und Fachwissenschaft“ stattfand.

Kamerad von Dechend (Foto: links), der als NRW-Lan-



desvorsitzender der VOS zu den Initiatoren des Zeitzeugenprojekts gehört, berichtete zunächst von den einzelnen Schritten, die zur Entstehung und der Organisation des Projekts führten. Dabei war es sozusagen zwangsläufig, dass die Diskussionsrichtung in die Zeit der Haft bzw. der sozialistischen Diktatur führte und somit beide als Zeitzeugen geladene VOS-Kameraden auch ihre Schicksale, die zu Widerstand und Inhaftierung, später zum Freikauf und zur Mitgliedschaft im Opferverband führten, darlegten.

Statt zu Überschneidungen der Themen Zeitzeugenarbeit und Vergangenheitsaufarbeitung kam es somit zu sinnvollen Ergänzungen bzw. zur praktischen Verbindung der Schwerpunkte. Für die Studierenden, die sich mit gezielten Fragen an der Diskussion beteiligten, war es zugleich auch ein neuer Schritt in einen anderen Geschichtsabschnitt, wurden doch bislang immer nur Opfer aus der NS-Diktatur gehört und somit nur über die eine Zwangsherrschaft gesprochen.

Neben den inhaltlichen und didaktischen Aspekten wurde auch die Frage behandelt, wie glaubhaft und verlässlich Zeitzeugen und ihre Aussagen grundsätzlich seien. Genau gesprochen: Haben die persönlichen Erinnerungen einen wissenschaftlich abgesicherten Wert? Eine endgültige Antwort auf diese Frage wird sicherlich nicht möglich sein, doch solange es eine ausreichende Zahl von Zeitzeugen gibt, ist ihre Einbeziehung für die wissenschaftliche Untersuchung der Geschichte insbesondere für die Ära des SBZ-DDR-Regimes unerlässlich; gibt es doch aus dieser Zeit zu viel Propaganda-Material, das die Züge der damaligen Gesellschaftsform verharmlost und falsch darstellt. Nur die Verbindung vorhandener Dokumente mit der Summe der Zeitzeugen-Aussagen wird eine möglichst genaue Geschichtsbewertung zulassen. Wichtig ist, viele Zeitzeugenveranstaltungen zu ermöglichen.

*Valerie Bosse*

*(Infos auch unter [www.first-minute-buecher.de](http://www.first-minute-buecher.de))*

## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**

**PVSt Deutsche Post**

**Entgelt bezahlt**

**A 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

**Bundesgeschäftsstelle der VOS**

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax : 030 - 2655 23 82**

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**

**Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23**

**Mail: [lv-berlin@vos-ev.de](mailto:lv-berlin@vos-ev.de)**

**Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr**

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

[redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de)

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

**Jahresbeiträge:**

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
- alte Bundesländer 45,00 €
- neue Bundesländer 40,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

**Internetseiten der VOS und Links unter**

**[www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)**

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe [vos-ev.de](http://vos-ev.de)

**Die nächste Ausgabe (701) erscheint im März 2011**

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 700 14. Febr. 2011